

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Bettina Herlitzius, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/9346 –**

Mehr Engagement für eine nachhaltige Tourismusedwicklung – Ausweisung der CO₂-Bilanz bei Pauschalreisen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion weist darauf hin, dass der internationale Tourismus etwa fünf Prozent der weltweiten Kohlendioxidemissionen verursache. Aufgrund des wachsenden touristischen Reiseverkehrs werde sich dieser Anteil weiter vergrößern. Vor allem der durch preiswerte Pauschalreiseangebote geprägte Massentourismus führe zu problematischen Entwicklungen für Natur und Umwelt. Es seien Maßnahmen zur Reduzierung der CO₂-Emissionen bei Reisen geboten, zumal der grenzüberschreitende Fernflugverkehr ein erhebliches Maß an Treibhausgasemissionen verursache.

Die Bundesregierung soll daher alle Reiseveranstalter verpflichten, die Höhe der Kohlendioxid- und anderer klimawirksamer Emissionen, die bei einer Pauschalreise entstehen, in den Reisebroschüren sowie im Internet gut sichtbar auszuweisen. Darüber hinaus machen sich die Antragsteller dafür stark, die Verbraucher in Informationskampagnen für die Problematik des Treibhauseffektes zu sensibilisieren. Ebenso plädieren sie dafür, vor allem bei Flugreisen Instrumente verbindlich vorzuschreiben, die zur Treibhausgasminderung beitragen könnten. Schließlich soll sich die Regierung als Eigentümer der Deutschen Bahn AG dafür einsetzen, dass die Bahn künftig ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energiequellen beziehe.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/9346 abzulehnen.

Berlin, den 11. Februar 2009

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Klaus Brähmig
Berichterstatter

Dr. Reinhold Hemker
Berichterstatter

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Klaus Brähmig, Dr. Reinhold Hemker, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 166. Sitzung am 5. Juni 2008 den Antrag auf Drucksache 16/9346 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat in seiner 97. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat in seiner 81. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 82. Sitzung am 11. Februar 2009 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der Ausschuss für Tourismus hat den Antrag auf Drucksache 16/9346 in seiner 72. Sitzung am 11. Februar 2009 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Die Fraktion der CDU/CSU führte aus, es wäre wünschenswert, wenn Kunden bei ihrer Reiseentscheidung über die CO₂-Emissionen der jeweils genutzten Verkehrsmittel informiert wären. Dies könne beispielsweise anhand der Durchschnittswerte des Flottenverbrauchs der einzelnen Verkehrsträger Flugzeug, Bahn, Bus oder Schiff errechnet werden. Wichtig sei es aber, alle Verkehrsträger zu berücksichtigen und nicht nur selektiv einige Bereiche zu betrachten. So könnten umweltfreundliche Verkehrsmittel wie Bus oder Bahn ihren Beitrag zum Klimaschutz besser darstellen. Gesetzliche Vorgaben, wie von den Antragstellern gefordert, seien jedoch der falsche Weg. Stattdessen sollten die Mög-

lichkeiten freiwilliger Angaben oder eine freiwillige Selbstverpflichtung geprüft werden. Schließlich dürfe man bei der Diskussion um Nachhaltigkeit von Reisen, keinesfalls Destinationen gegeneinander ausspielen.

Die Fraktion der SPD verwies darauf, dass sich der Antrag mit einem Teilaspekt der energie- und klimapolitischen Vorhaben der Bundesregierung befasse. Allerdings solle eine isolierte Initiative, wie von den Antragstellern beabsichtigt, nicht losgelöst vom ambitionierten Gesamtkonzept der Bundesregierung für einen wirksamen Klimaschutz verfolgt werden. Das Ziel einer besseren CO₂-Bilanz dürfe die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nicht einschränken und die Verbraucher nicht überfordern. Was die Nutzung von Strom aus erneuerbaren Energiequellen im Bereich der Deutschen Bahn AG angehe, so könne dies der Bahn weder verordnet werden, noch sei es fraglich, ob überhaupt genügende Mengen an Ökostrom vorhanden seien, um die Bahn ausschließlich auf dieser Basis zu betreiben.

Die Fraktion der FDP machte deutlich, dass Tourismus auch positive Auswirkungen für Umwelt und Klima hätte. Dies habe die vom Tourismusausschuss durchgeführte Anhörung zum Tourismus und Klimawandel deutlich gemacht: Touristen würden nur die Destinationen besuchen, in denen eine intakte Umwelt vorherrsche und wo man schonend mit Ressourcen umgehe. Niemand mache Urlaub in einem Landstrich, wo Wälder durch Brandrodungen vernichtet und Flüsse vergiftet seien. Die Reisebranche habe ein eigenes Interesse daran, Tourismus und Umweltschutz in einem Gleichgewicht zu halten. Die Forderung CO₂-Bilanzen auszuweisen, führe zu einem bürokratischen Mehraufwand für die Veranstalter und damit zu einer Verteuerung der Reisen, schrecke die Menschen ab und habe eine Bevormundung und Gängelung der Urlauber zur Folge. Abgaben an Unternehmen wie Atmosfair würden nicht zu einer Verringerung des Flugaufkommens führen. Zielgenauer und sinnvoller wäre es, endlich eine Neustrukturierung der Luftkorridore durchzuführen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betonte, Ziel des Antrags sei es, ein Signal für die von den Grünen gewünschte nachhaltige Tourismusentwicklung zu senden. Angesichts des Klimawandels müsse man in die Breite wirken und gerade im Bereich des Massentourismus Zeichen setzen. Pauschalreisen seien mit knapp 60 Prozent die häufigste Art Urlaub zu machen und würden hauptsächlich mit dem Flugzeug durchgeführt. Da beim Flugverkehr über elfmal mehr CO₂-Emissionen im Vergleich zum Bus oder zur Bahn ausgestoßen würden, sei die im Antrag geforderte Ausweisung der Emissionen richtig und sinnvoll. Der mündige Reisende solle selber entscheiden, niemand solle bevormundet werden. Aber wenn sich jemand aufgrund der Klimabelastung gegen eine Fernreise entscheide, könne durchaus der Deutschlandtourismus profitieren.

Berlin, den 11. Februar 2009

Klaus Brähmig
Berichterstatter

Dr. Reinhold Hemker
Berichterstatter

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

